

FPÖ

**DAS
BLAU
BUCH**

2. Auflage



Landesparteivorsitzender
Bürgermeister
Dr. Michael Häupl



Landespartei sekretär
Georg Niedermühlbichler

Vorwort

Liebe Freundinnen und Freunde,

wozu es führen kann, wenn Demagogen an die Macht kommen, ist hinreichend in den Geschichtsbüchern nachzulesen. Wir wollen dafür sorgen, dass kein neues Kapitel dazu geschrieben werden muss! Deshalb sind die kommenden Wahlen in Wien nicht nur für die Zukunft unserer Stadt entscheidend. Wer dieses „Blaubuch FPÖ“ liest, wird keinen Zweifel daran haben.

Die Botschaft für den 11. Oktober, liebe Freundinnen und Freunde, kann daher nur lauten: Eine Koalition mit der Strache-FPÖ ist ausgeschlossen! Die Entscheidung unserer burgenländischen Freunde war ein Fehler, den wir nicht wiederholen werden. Mit Demagogen ohne jede soziale Verantwortung ist keine Politik zu machen. Das haben die Jahre der schwarz-blauen Koalition in der Bundesregierung bewiesen.

Die größten Pleiten und Pannen sind hier nachzulesen: Steigerung der Arbeitslosigkeit auf Rekordniveau trotz Hochkonjunktur, Bevorzugung der großen Unternehmen durch Senkung der Steuern, massive Erhöhung der Lohnsteuern, gewaltige Einschnitte in der Bildung, Steigerung der Kriminalitätsrate. Die Reichen sind reicher und die Armen ärmer geworden.

Wir haben gesehen:

Die FPÖ ist nicht die Partei des „kleinen Mannes“, sondern die Partei der großen Lügengeschichten und des ungenierten Wirtschaftens in die eigene Tasche.

Die FPÖ ist gefährlich, weil sie gefährliche Inhalte vertritt. Weil sie sich in Widersprüche und Lügen verstrickt. Weil sie in Regierungsverantwortung nur Schulden, Korruption und Freunderlwirtschaft zustande bringt. Und sie ist brandgefährlich, weil ihr Zynismus gegen Migranten und Migrantinnen sowie Flüchtlinge nicht zu überbieten ist! Weil sie unsolidarisch ist und Nazi-Gedankengut in den eigenen Reihen zur Bierzelt-Gaudi verharmlost.

Wir werden dieser Politik der Hetze eine Politik der Menschlichkeit entgegensetzen! Und zwar mit aller Härte und Strenge. Denn wir lassen uns unser Wien, die sozialste Millionenstadt der Welt, ein Vorzeigemodell für ganz Europa, nicht schlechtreden. Wir lassen uns die günstigen Gemeindewohnungen, das Trinkwasser, die Müllentsorgung, das Gesundheitswesen nicht privatisieren! Wir kämpfen gegen billige Demagogie und Wahrheitsverdrehungen, gegen Hetze und Entmenschlichung der Politik! Und wir werden gewinnen!



Dr. Michael Häupl
Landesparteivorsitzender
Bürgermeister



Georg Niedermühlbichler
Landespartei sekretär

„Demagogie betreibt, wer bei günstiger Gelegenheit öffentlich für ein politisches Ziel wirbt, indem er der Masse schmeichelt, an ihre Gefühle, Instinkte und Vorurteile appelliert, ferner sich der Hetze und Lüge schuldig macht, Wahres übertrieben oder grob vereinfacht darstellt, die Sache, die er durchsetzen will, für die Sache aller Gutgesinnten ausgibt und die Art und Weise, wie er sie durchsetzt oder durchzusetzen vorschlägt, als die einzig mögliche hinstellt.“

*(Martin Morlock: Hohe Schule der Verführung. Ein Handbuch der Demagogie.
Econ Verlag, Wien/Düsseldorf 1977)*

Die FPÖ und der Rechtsextremismus

Von Hitlergruß bis SS-Symbolik: Signale an den rechten Rand

- In Nazi-Diktion wird die „Rückführung der bisher legal aufhältigen Fremden“ von der FPÖ-Landstraße auf ihrer Website gefordert; 8. Juni 2015
- Hitlergruß-Fotos des Stadt- und Bezirksparteiobmanns der FPÖ Tulln; 17. November 2014
- Schnell sieht „Umvolkung in gewissen Bereichen“; 15. April 2013
- Straches „Wir sind die neuen Juden“-Sager am Rande des rechtsextremen WKR-Balls vor Journalisten; Jänner 2012
- Strache würdigt Alt-Nazi Scrinzi als „tragende Säule der FPÖ“; Jänner 2012

FPÖ-Landstraße: „Rückführung der bisher legal aufhältigen Fremden.“

- Waffen-SS-Symbol auf Website von FPÖ-Mandatar Josef Riemer; 7. November 2011
- In der Facebook-Gruppe „Türkei nicht in die EU“, die nur eingeladenen Mitgliedern zugänglich ist, war Strache eine Zeit lang Administrator. In der Gruppe wird zum Abschlichten von Moslems und zum „Bombenregen“ auf islamischen Boden aufgefordert. Man grüßt mit „88“ (Code für den Hitlergruß); 4. August 2011
- Hitler-Ehrenbürgerschaft in Amstetten und Waidhofen an der Ybbs: FPÖ gegen Aberkennung; Mai 2011
- Fall Königshofer: Am 21. Juni 2011 stellt das Wiener Handelsgericht fest, dass der FPÖ-Abgeordnete Werner Königshofer Kontakt mit der Neonazi-Homepage alpen-donau.info pflegte. Königshofer relativierte im Juli 2011 auf Facebook die Anschläge von Norwegen, die „islamistische Gefahr“ habe „in Europa schon tausendmal öfter zugeschlagen“. Königshofer legt nach und stellt Norwegen in Relation zu Schwangerschaftsabbrüchen; Juni/Juli 2011
- Fotos von Strache werden veröffentlicht, wo dieser bei Wehrsportübungen zu sehen ist; Jänner 2007

Straches Verbindungen an den rechten Rand

Wehrsportübungen, Hitlergruß und Holocaust-Leugnung

- Strache sieht in seiner früheren Anwesenheit bei Veranstaltungen mit Holocaust-Leugner David Irving nichts Schlimmes.
- Strache zum Verbotsgesetz: Nicht mit 10-jährigen Haftstrafen gegen Unsinn vorgehen.
- Strache zur Verurteilung des einschlägig bekannten Rechtsextremen David Irving wegen Wiederbetätigung: „Eine geäußerte Meinung kann nicht mit einer Gefängnisstrafe enden.“
- Noch im Jahr 2004 forderte Strache einen Salzburger Arzt zum Duell, nachdem dieser seine Rede bei einem Burschenschafts-Kommers kritisiert hatte. Das Duell hat stattgefunden, es soll „nur Sieger“ gegeben haben. Strache hat als Mitglied der Burschenschaft „Vandalia“ (Motto: „Deutsch, einig, treu – ohne Scheu“) sechs Mensuren gefochten.
- März 1990: Teilnahme Straches an Demo bei rechtsextremer Deutscher Volksunion im März 1990 – Strache wird kurzfristig festgenommen und muss 8.000 Schilling Strafe zahlen, weil er im Besitz einer Schreckschuss-Pistole war.
- Straches „Hitlergruß-Foto“ zeigt Strache Ende der 80er-Jahre bei einem Treffen nationaler Burschenschaften in einer Situation, bei der er den damals aktiven Rechtsextremisten Franz Radl begrüßt. Strache spreizt auf diesem Bild drei Finger seiner rechten Hand zum so genannten „Widerstands- und Kühnen-Gruß“, mit dem sich Ende der 80er-Jahre traditionell die österreichischen Neo-Nazis und Mitglieder der so genannten „VAPO“ begrüßten. (OTS, 26.1.2007)
- Straches-„Wehrsportübungen“: Strache soll in Kärnten mit Neonazi-Kameraden an „Wehrsportübungen“ teilgenommen haben, was mit Fotos belegt ist. Strache sagt, er habe lediglich an „Paintball“- bzw. „Gotcha“-Spielen teilgenommen.

**Strache zur Wiederbetätigung:
„Eine geäußerte Meinung kann nicht
mit einer Gefängnisstrafe enden.“**

Die FPÖ und ihre Verbindung zu Rechts-Parteien in Europa

Straches Freunde im EU-Parlament Geert Wilders und Marine Le Pen

Im Jahr 2007 war Strache mit seinem Parteikollegen Andreas Mölzer maßgeblich an der Gründung der rechten EU-Parlamentsfraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ beteiligt, die allerdings wegen innerer (nationalistischer!) Streitigkeiten bereits Ende desselben Jahres wieder aufgelöst wurde. Seitdem plant die FPÖ gemeinsam mit dem belgischen „Vlaams Belang“, dem französischen „Front National“ und der bulgarischen „Ataka“ die Gründung einer neuen europäischen Rechtsaußen-Partei. Allerdings fehlt dem Projekt – Arbeitstitel „Europäische Freiheitspartei“ – noch die nötige Unterstützung durch Parteien in insgesamt sieben EU-Ländern (Presse, 25.1.2008).

FPÖ-Bildungsinstitut lädt Geert Wilders ein.

8. Mai 2011: Strache bei „Geheimtreffen“ in Italien

Wie die Zeitung „Österreich“ berichtet, war Strache am 8. Mai bei einem Geheimtreffen in Italien. Teilgenommen haben sollen: der französische Front National mit Marine Le Pen, die italienischen Rechtsparteien Lega Nord und Alleanza Nazionale, der belgische Vlaams Belang und die dänische Volkspartei.

8. Juni 2011: Eklat im EU-Parlament

Strache hat bei einem gemeinsamen Auftritt mit der Vorsitzenden des französischen Front National, Marine Le Pen, im EU-Parlament in Straßburg für einen Eklat gesorgt. Auf die Frage eines ORF-Journalisten an Le Pen, wie sie es bewerte, wenn zuletzt einige FPÖ-Politiker nicht an einer Abstimmung über die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft für Hitler teilnehmen wollten, zeigte Strache Nerven und sprach von „Nestbeschmutzung“. Marine Le Pen meinte dazu, sie habe das Gefühl, dass Hitler immer dann ins Spiel komme, wenn es keine anderen Argumente mehr gebe.

5. Juli 2011: Zusammenarbeit mit der slowakischen Nationalpartei SNS

Eine Delegation der FPÖ unter Führung von Strache besuchte auf Einladung der Slowakischen Nationalpartei (Slovenská národná strana, SNS) und ihres Vorsitzenden Jan Slota Bratislava. Zweck der Einladung war der Abschluss eines Partnerschaftsabkommens zur Vertiefung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen FPÖ und SNS.

20. Dezember 2011: Strache trifft Lega-Nord-Vertreter

Strache hat in Mailand mit dem im November zurückgetretenen italienischen Innenminister Roberto Maroni und dem EU-Abgeordneten der föderalistischen Oppositionspartei Lega Nord, Fiorello Provera, an einer Diskussionsveranstaltung zu den Themen Zuwanderungs- und Asylproblematik, Identität Europas und radikaler Islamismus teilgenommen.

27. Jänner 2012:

Unter den Gästen des Wiener WKR-Balls war die Anführerin des französischen „Front National“ (FN) Marine Le Pen, der schwedische Parlamentarier Kent Ekeröth der Schwedendemokraten sowie Philip Claeys vom belgischen Vlaams Belang.

27. März 2015:

Der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders hält auf Einladung des FPÖ-Bildungsinstituts einen Vortrag über „Europas Bedrohung durch die Islamisierung“ in der Wiener Hofburg.

16. Juni 2015:

Im EU-Parlament wird eine Rechtsaußen-Fraktion gegründet, in der die FPÖ gemeinsame Sache macht mit Marine Le Pen vom französischen Front National, Janice Atkinson von der rechtsnationalistischen UKIP in Großbritannien und dem niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders.

Die FPÖ und die Reichensteuer – von wegen Robin Hood!

Im Nationalratswahlkampf 2008 trat Heinz-Christian Strache als „Robin Hood in Rot-Weiß-Rot“ angekündigt am Wiener Viktor-Adler-Markt auf. (Kleine Zeitung, 27.9.2008)
Dessen Motto lautete bekanntlich „den Reichen nehmen und den Armen geben“. Heute ist Strache gegen eine Reichensteuer und will Stiftungen ungeschoren lassen.

Das war nicht immer so:

2005: Strache für Reichensteuer

„Ich finde das sehr vernünftig, dass wir auch über eine Reichensteuer bei uns diskutieren. [...] Deshalb glaube ich, dass eine Reichensteuer das Gebot der Stunde sein muss. Wir müssen beginnen, hier auch in diesem Bereich umzudenken.“ (Heinz-Christian Strache, ORF-„Pressestunde“, 13.11.2005)

Dann änderte Strache seine Meinung plötzlich um 180 Grad und tritt seither vehement für Reiche und gegen die Erbschaftssteuer auf.

2008: Strache gegen Steuer auf Vermögenszuwächse

Eine klare Absage erteilte Strache der Vermögenszuwachssteuer, wörtlich bezeichnete Strache diese „als absoluten Unsinn, weil es den Mittelstand trifft, nicht nur die Reichen.“ (Heinz-Christian Strache, FPÖ-Pressedienst, 5.4.2008)

2009: FPÖ gegen Senkung des Spitzensteuersatzes

„Die von der ÖVP angestrebte Absenkung des Spitzensteuersatzes wird von der FPÖ abgelehnt.“ (FPÖ „Handbuch freiheitlicher Politik“, 2. Auflage, 2009, S.178)

2009: Strache für Reichensteuer und für Stiftungssteuer-Reform

„Die Finanztransaktionssteuer muss europaweit eingeführt werden. Dann gibt es Stiftungsbesitzer, die selbst sagen, aus den Stiftungen könnte man in Österreich eine von insgesamt 60 Euro-Milliarden abschöpfen. Das wäre ein ganz wichtiger Beitrag.“ (Strache, Vorarlberger Nachrichten, 30.4.2009)

2010: Strache gegen Reichensteuer und gegen Reform der Stiftungsbesteuerung

„Ich bin gegen eine Reichensteuer, sondern für eine Spekulationssteuer.“ (Strache, Kurier, 22.8.2010)

2013: „Ich bin gegen klassische Vermögenssteuern, das ist Enteignung und Marxismus.“ (Strache, Ö1-Mittagsjournal, 21.8.2013)

Die FPÖ und Gerichtsverfahren

**Verhetzung, Betrug, sexuelle Nötigung:
Gerichtsverfahren und Urteile gegen FPÖ-Politiker/innen**

U. S.: verurteilt

Der FPÖ-Politiker wurde in der „Part of the Game“-Affäre zu sieben Monaten bedingt und einer Geldstrafe von 67.500 € verdonnert. Ein Verfahren wegen Untreue (Scheinrechnungen und Finanzierung eines Geburtstages auf Landeskosten) läuft.

S. W.: Verurteilung wegen Verhetzung

Die FPÖ-Abgeordnete wurde wegen Verhetzung und Herabwürdigung religiöser Lehren im Jahr 2009 zu 24.000 € Geldstrafe verurteilt.

Angeklagt und verurteilt:

J. G.: 1 Jahr

W. F.: 4 Jahre

P. R.: 7 Jahre

Karl-Heinz Grasser: Es gilt die Unschuldsvermutung.

Walter Meischberger: Verdacht auf Abgabenhinterziehung und Untreue

Der ehemalige FPÖ-Generalsekretär spielt im Buwog- und Telekom-Skandal eine Schlüsselrolle. Der Staatsanwalt verdächtigt ihn der Untreue.

J. G.: Freiheitsstrafe

Der Ex-FPÖ-Abgeordnete wurde rechtskräftig wegen Wiederbetätigung verurteilt. Das Urteil: ein Jahr Freiheitsstrafe bedingt.

K. K.: Verhetzung

Vier Monate bedingt und eine Geldstrafe in der Höhe von 1.800 € für den wegen Verhetzung verurteilten Ex-FPÖ-Abgeordneten.

B. G.: 3 Jahre Haft

Der ehemalige FPÖ-Landesparteivorsitzende wurde wegen Untreue zu drei Jahren Haft, davon neun Monate unbedingt, verurteilt.

P. R. (Ex-FPÖ-Abgeordneter): 7 Jahre Gefängnis

wegen gewerbsmäßigen schweren Betrugs und Untreue.

W. F.: 4 Jahre Haft

Der ehemalige FPÖ-Politiker und Bezirksrat wurde als Holocaust-Leugner zu vier Jahren Haft verurteilt.

P. W.: Falschaussage

Der ehemalige FPÖ/BZÖ-Nationalratsabgeordnete wurde rechtskräftig wegen Falschaussage vor Gericht verurteilt.

W. H.: Betrug

Der ehemalige FPÖ-Landtagsabgeordnete wurde 2004 rechtskräftig verurteilt wegen Betrugs und falscher Beweisaussage.

K. M.: Verhetzung

Der ehemalige FPÖ-Landespolitiker wurde 2010 rechtskräftig verurteilt wegen Verhetzung.

F. S.: Sexuelle Nötigung

Der ehemalige FPÖ-Stadtrat wurde 2003 rechtskräftig verurteilt wegen sexueller Nötigung.

M. W.: verurteilt

Der ehemalige RFJ-Landesobmann wurde 2008 rechtskräftig verurteilt wegen Verhetzung.

J. T.: 39 Monate Haft

Der Nachfolger eines ebenfalls verurteilten FPÖ-Abgeordneten im Parlament war wegen Automatenbetrugs zu 39 Monaten Haft verurteilt worden.

Karl-Heinz Grasser: Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung

Es begann mit der undurchsichtigen Finanzierung der Homepage des FPÖ-Finanzministers durch die Industriellenvereinigung und nicht versteuerten Vortragshonoraren, später kamen ebenfalls unversteuerte Aktiengewinne und Gagen aus seiner Tätigkeit in der Meinel-Gruppe hinzu. Beim Verkauf der bundeseigenen Bundeswohngesellschaften (Buwog) bezahlte der siegreiche Bieter Immofinanz eine Provision von 9,6 Millionen Euro, mutmaßlich an die Grasser-Spezis Peter Hochegger und Walter Meischberger. Grasser beharrt: Die Privatisierung sei korrekt abgelaufen, sein Gewissen bleibe „supersauber“.

Die FPÖ und Schwarz-Blau

Rekordarbeitslosigkeit

- Nach 6 Jahren Schwarz-Blau hatte Österreich 2006 die höchste Arbeitslosigkeit der Zweiten Republik. Österreich zählte fast 400.000 Arbeitslose, davon 80.000 Jugendliche. Österreich hatte den vierthöchsten Anstieg der Arbeitslosigkeit in ganz Europa. Am stärksten betroffen waren Frauen. Nach 2006 konnte die Arbeitslosigkeit wieder verringert werden.
- Verdoppelung der Jugendarbeitslosigkeit unter Schwarz-Blau!
Eurostat-Quote Jugendarbeitslosigkeit
Jahr 2000: 5,3 %
Jahr 2005: 10,3 %

Investitionskürzungen

Unter Schwarz-Blau wurde Österreich das EU-Schlusslicht bei öffentlichen Investitionen. Dringend benötigte Milliarden-Investitionen für den Verkehr in und um Wien (in die Bahn, die S-Bahn, den Umfahrungsring usw.) wurden hinausgezögert.

Wien wurde beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit durch Schwarz-Blau im Stich gelassen.

Schwarz-blau Bilanz:

Höchste Arbeitslosigkeit in der 2. Republik.

EU-Schlusslicht bei öffentlichen Investitionen.

1.000 Polizisten und Polizistinnen für Wien gestrichen.

Bildungskürzungen

- Die Zahl der Schüler/innen ist unter Schwarz-Blau um 20 Prozent gestiegen, aber 2006 gab es etwa 7.000 Lehrer/innen weniger als 2000, davon 800 Lehrer/innen weniger allein in Wien.
- Das Uni-Budget sank von 1,2 % des BIP 1999 auf 0,8 % des BIP 2006.
- Studiengebühren (363,36 € pro Semester) wurden eingeführt.
- Es kam zur Kürzung der Schülerunterstützungen für Schulveranstaltungen.

Mehr Arme und mehr Reiche

- Unter Schwarz-Blau wurden die Unternehmersteuern gesenkt, die Löhne der Arbeitnehmer/innen sind aber unverändert geblieben.
- Unter Schwarz-Blau ist die Armut auf ein Rekordhoch gestiegen, aber die Zahl der Millionäre und Milionärinnen hat sich mehr als verdoppelt.

Weniger Polizisten und Polizistinnen, mehr Kriminalität

Schwarz-Blau hat rund 1.000 Polizisten und Polizistinnen für Wien gestrichen. Die Kriminalität ist dadurch gestiegen, die Aufklärungsquote gesunken. Wien musste mit zahlreichen Überwachungs- und Ordnungsdiensten einspringen.

Rekordsteuern und Rekordschulden

- Schwarz-Blau hat die Steuern und Abgaben in Österreich um etwa 10 Milliarden Euro erhöht. Jeder Wiener Haushalt musste im Durchschnitt 1.200 Euro pro Jahr mehr an Steuern und Gebühren zahlen, alle Wiener Haushalte zusammen rund 1 Milliarde Euro.
- Es kam zu einer deutlichen Erhöhung diverser Gebühren. (Pass und Personalausweis wurden doppelt so teuer, Gerichts- und Grundbuchsgebühren erhöht.)

Umverteilung von den Kleinen zu den Großen

Mehr Steuerabgaben für Arbeitnehmer/innen und weniger Gewinnsteuer für Konzerne – so sieht schwarz-blaue Steuerpolitik aus. Von der Partei „des kleinen Mannes“ oder gar der kleinen Frau kann keine Rede sein. Das Lohnsteueraufkommen der Arbeitnehmer/innen hat von 2000–2006 um 5,7 % zugenommen, die Gewinnsteuern (KöSt) sind im Gegenzug um 15 % gesunken.

Zuwanderung statt Integration

- „Grenzen dicht machen“ oder „Österreich ist kein Zuwanderungsland“ tönt es immer von Seiten der FPÖ. Fakt ist aber: Unter der schwarz-blauen Regierung ist die Zuwanderung gestiegen und der Ausländeranteil auf einen Rekordwert geklettert (2001: 8,9 %; 2006: 9,8 %).

Unsoziale Belastungen bei Gesundheit

Bestehende Selbstbehalte wurden erhöht, neue eingeführt:

- Ambulanzgebühr
- viermalige Erhöhung der Rezeptgebühr
- zweimalige Anhebung des Spitalkostenbeitrages
- Patientenbeiträge bei Heilbehelfen und Kuren erhöht

Weniger Rechte für Arbeitnehmer/innen

- die Kürzung des Krankengeldes (von 78 auf maximal 52 Wochen)
- die Kürzung des Urlaubs durch Urlaubsaliquotierung
- die Kürzungen beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitsmarktförderung
- die höhere Besteuerung und Kürzung von Urlaubs- und Kündigungsentschädigungen
- Gehaltskürzungen bei den Lehrern und Lehrerinnen

Die FPÖ und Skandale

Hypo-Pleite: Steuerzahler/innen kommen für 20 Milliarden Euro auf

Unglaubliche 7 Milliarden Euro hat uns das Hypo-Desaster bis heute gekostet. Völlig unvorstellbare 20 Milliarden Euro könnte das Landesbanken-Fiasko, das die Kärntner FPÖ unter ihrem Landeshauptmann Haider zu verantworten hat, die heimischen Steuerzahler/innen am Ende kosten. Wirklich wissen kann man das erst, wenn alle faulen Kredite abgebaut sind.

Telekom: 264.000 € für Gorbach

Telekom-Verordnung 2007: Ex-Vizekanzler Hubert Gorbach wird von der Justiz beschuldigt, im Gegenzug für eine im Sinn der Telekom Austria erfolgte Verordnung 2007 über die Hohegger-Firma Valora 264.000 Euro (Gehalt seiner Sekretärin) erhalten zu haben.

„**Was war mei Leistung!**“

Hohegger kassiert 6 Mio. €

Im Zuge der Privatisierung der Telekom 2004 flossen 6 Mio. € an die Agentur von Grassers Freund Peter Hohegger. Etwaige Gegenleistungen sind Gegenstand von Ermittlungen.

BUWOG: 9,6 Mio. € für Meischberger und Hohegger

Die BUWOG-Privatisierung 2004 endet mit Verdacht auf Untreue, illegale Absprachen und Provisionszahlungen von 9,6 Mio. € beim Verkauf der Bundeswohnungen unter Finanzminister Karl-Heinz Grasser (Ex-FPÖ, damals ÖVP) an Grasser-Freund und Ex-FPÖ-Abgeordneten Walter Meischberger und den Lobbyisten Peter Hohegger.

Telekom-Geld an die FPÖ

Die Telekom soll 2004 den EU-Wahlkampf der FPÖ mit 600.000 € finanziert haben. Strache war zu der Zeit Rumpolds Geschäftspartner, als dieser von der Telekom die 600.000 € erhalten haben soll. Die FPÖ-Parteizeitung „Neue Freie Zeitung“ (NFZ) hat im Jahr 2004 89.400 € von der Telekom Austria erhalten. Das Wiener Straflandesgericht beurteilte die von Gernot Rumpolds Agentur „mediaConnection“ an die Telekom gestellten Abrechnungen als Scheinrechnungen (das Urteil ist noch nicht rechtskräftig).

Unklare Geldflüsse über Briefkastenfirma bei Eurofighter-Kauf

87 Mio. € liefen im Zuge des Eurofighter-Kaufs durch die Republik über die Londoner Briefkastenfirma Aerospace. Nach wie vor wird ermittelt, ob über diesen Kanal Schmiergelder geflossen sind.

Eurofighter-Millionen für FPÖ-Rumpold

Beim Kauf der Eurofighter 2003 flossen 2003 6,6 Mio. € für Kommunikation an die Agentur von Ex-FPÖ-Geschäftsführer Gernot Rumpold, unter anderem fast 100.000 € für die Organisation einer Pressekonferenz. Bis heute ist unklar, wofür Rumpold so viel Geld erhielt.

Haiders Staatsbürgerschaftsverleihung für russische Investoren

Im letzten Ministerrat von ÖVP/BZÖ im Jänner 2007 wurden auf Initiative Jörg Haiders zwei russische Investoren eingebürgert. Sie hatten Haiders Sponsoring in der Formel 1 finanziert. Heute will die FPÖ mit Jörg Heider nichts mehr zu tun gehabt haben.

Kärnten: Millionen für ein mündliches Gutachten 2007

Beim Verkauf der Hypo Alpe Adria erhielt der Steuerberater Birnbacher 2007 für ein sechsstufiges Gutachten von LH Jörg Haider und ÖVP-Stv. Martinz 12 Mio. € Honorar. Nach Kritik verzichtete Birnbacher auf die Hälfte. Alle Beteiligten – bis auf den vor dem Gerichtsverfahren verstorbenen Haider – wurden rechtskräftig verurteilt.

Ermittlungen wegen Haider-Konten aus Irak/Libyen 2004

Jörg Haider fuhr mehrmals zu Gaddafi, 2004 samt Vizekanzler Gorbach und einem Brief Wolfgang Schüssels. Ermittlungen wegen Millionen-Konten Haiders in Liechtenstein.

Justiztower: über 600.000 € für Plech

607.476 € bezahlte die Republik 2003 an BIG-Aufsichtsrat und Grasser-Freund Ernst Plech für die Vermittlung des „Justiztowers“, eines von der Porr erbauten Hochhauses der Immofinanz. Das Handelsgericht übersiedelte 2003 aus einem renovierten Haus in der Riemergasse in das Hochhaus.

Causa Graf

Der ehemalige Dritte Nationalratspräsident Martin Graf wird mit Vorwürfen im Zusammenhang mit einer Tätigkeit in einem Stiftungs-Vorstand konfrontiert. Eine 90-jährige Frau wirft Graf vor, ihr zur Errichtung einer Privatstiftung geraten zu haben und sie dabei getäuscht zu haben.

Laut Kronen Zeitung kandidierte Martin Graf 1994 auf der FPÖ-Liste für die Nationalratswahl unter der Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“, laut ORF tat er das auch 1999. Graf ist allerdings über den Rechtsanwaltsanwärter nie hinausgekommen. In der Folge stellt sich heraus, dass Graf bei fünf Wahlen auf insgesamt elf Listen als Rechtsanwalt angeführt war.

Strache und seine Unwahrheiten

Strache behauptet, nicht am Korruptionssumpf beteiligt gewesen zu sein.

Wahr ist: Strache war als Stellvertreter von Jörg Haider in alle wichtigen Entscheidungen der damaligen FPÖ eingebunden. Gleich ob im U-Ausschuss oder in zahlreichen Gerichtsverfahren: Immer deutlicher zeichnet sich ein handfester Parteienfinanzierungsskandal ab.

Strache behauptet, die FPÖler sind die „Anständigen“.

Wahr ist: Unter Schwarz-Blau hat die FPÖ die Republik zum Selbstbedienungsladen gemacht. Im Zuge der Privatisierung der BUWOG 2003/2004 wurden 60.000 Wohnungen weit unter ihrem Wert verscherbelt. Zum Eurofighter-Skandal wurde sogar ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingerichtet; ungeklärte Zahlungen an Personen die der FPÖ nahestanden, wurden zu Tage gefördert. 2004 ließ sich die FPÖ ihren Europawahlkampf von der Telekom mit 600.000 € „sponsern“. Im selben Jahr erhielten die Freiheitlichen 90.000 € von der Telekom und das ohne jede Leistung: Weder angeblich vereinbarte Inserate noch PR-Artikel sind jemals in der blauen Postille „Neue Freie Zeitung“ erschienen.

Strache behauptet, dass eine Asylwerberfamilie viel mehr bekommt als eine

Strache: „Wir sind die Anständigen!“

Facharbeiterfamilie.

Asyllügen haben bei der FPÖ Tradition: 2012 verbreitete Strache auf seine Facebook-Seite die Lüge, dass eine achtköpfige Asylwerberfamilie mehr verdient als eine heimische Facharbeiterfamilie. Diese Unwahrheit ist, leicht abgewandelt, aktuell wieder in Umlauf: Ein „Asylant“ bekomme im Monat „fürs Nichtstun“ 3.355,96 €, wohingegen ein heimischer Facharbeiter mit 3 Kindern mit 1.671 € auskommen muss.

Wahr ist: Asylwerber/innen in organisierten Quartieren erhalten 40 € – pro Monat. Für den Vergleich muss man eine Familie heranziehen, die sich selbst ihr Quartier suchen muss. Sie erhält monatlich: 240 € für Miete plus 200 € für jeden Erwachsenen und 90 € für jeden Minderjährigen. Dazu kommen jährlich 150 € für Kleidung (pro Person), 200 € für Schulbedarf und Fahrtkostenersatz zur Schule (ca. 100 €). Teilt man die jährlichen Aufwendungen durch 12 und addiert sie mit den Monatsaufwendungen, kommt man auf 1.217,50 € – pro Monat für einen Erwachsenen und sechs Schulkinder.

Der heimische Facharbeiter verdient 1.200 € netto monatlich. Dazu kommt Familienbeihilfe für sechs Kinder in der Höhe von 1.300 €. Macht zusammen 2.500 € pro Monat, also doppelt so viel wie die Asylwerberfamilie. Und vor allem: der Asylwerber darf gar nicht arbeiten, auch wenn er das gerne will.

Die FPÖ und ihre Ansichten: Strache nur eine Marionette Russlands?

Russland-Connection

Das autoritäre, scheindemokratische System wie das Russland Putins entspricht Straches Politikverständnis wesentlich mehr als die aufgeklärte Demokratie westlicher Prägung. Insofern ist es wenig überraschend, dass Strache offen für einen etwaigen EU-Beitritt Russlands eintritt. „Ja, in einem reformierten Europa“, antwortete Strache 2013 in einem Interview mit der „Wiener Zeitung“ auf die Frage, ob Russland ein Kandidat auf die EU-Mitgliedschaft sei. „Immer in der Geschichte, wenn Russland näher bei Europa war, hatte das positive Folgen“, argumentierte Strache. (APA, 19.9.2013)

Strache: „Immer in der Geschichte, wenn Russland näher bei Europa war, hatte das positive Folgen.“

FPÖ-Wahlbeobachter auf der Krim

Mag. Johann Gudenus, freiheitlicher Klubobmann des Wiener Gemeinderates, und der außenpolitische Sprecher der FPÖ, NAbg. Dr. Johannes Hübner, agierten als Wahlbeobachter während der Unabhängigkeitsabstimmung auf der Krim. Sie dokumentierten den rechtmäßigen Ablauf des Referendums. Fehlende Wahlkabinen und Kuverts sowie gläserne Wahlurnen seien dortzulande eben Usus. Bezahlt wurde die Reise von der NGO Eurasian Observatory for Democracy and Elections (EODE) des belgischen Rechtsextremisten Luc Michel. (News, 31.3.2014)

„Putin ist mit Sicherheit ein reiner Demokrat, aber mit einem autoritären Stil.“ (Strache, Tiroler Tageszeitung, 19.4.2014)

Wiederholte Reisen Straches zur Putin-Partei „Einiges Russland“ nach Moskau

2009 unternahm die FPÖ-Spitze eine mehrtägige Reise nach Russland. Heinz-Christian Strache, Harald Vilimsky, der außenpolitische Sprecher Johannes Hübner, Hilmar Kabas, Johann Gudenus und Barbara Kappel trafen den damaligen Moskauer Bürgermeister Juri Luschkow, Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche, der Staatsduma und Abgeordnete der Regierungspartei „Einiges Russland“. (Der Standard, 17.1.2009)

2011 besuchte Strache erneut Russland. Und traf wieder Vertreter der Regierungspartei „Einiges Russland“ des damaligen Präsidenten Dimitri Medwedew und von Ministerpräsident Wladimir Putin, der zu diesem Zeitpunkt auch Vorsitzender der Partei war.

Gratulation zur Wahl Putins

2012 gratulierte Strache Wladimir Putin „zum klaren Erfolg bei den russischen Präsidentenwahlen“. „Wladimir Putin hat in zwei Perioden als Präsident und zuletzt als Ministerpräsident bewiesen, dass er ein Garant für ein starkes und berechenbares Russland ist.“ Strache sieht Russland als „enorm wichtigen Partner Europas“ und hofft „auf eine weitere Intensivierung der Beziehungen“. Die Wahl war von massiven Betrugsvorwürfen und Sicherheitsvorkehrungen begleitet. (APA, 4.3.2012)

Strache: „Putin ist mit Sicherheit ein reiner Demokrat, aber mit einem autoritären Stil.“

FPÖ-Delegation 2012 beim pro-russischen Präsidenten in Tschetschenien

Im Februar 2012 besuchte eine FPÖ-Delegation den pro-russischen tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow. Menschenrechtsorganisationen haben wiederholt schwere Vorwürfe gegen die Regierung in Grosny erhoben. Der „Presse“ zufolge unterhält Kadyrow „zur Einschüchterung geflüchteter Opfer laut österreichischem Verfassungsschutz in Österreich ein Netz von 300 Agenten“. Seitens der FPÖ-Politiker hieß es, es herrsche „Ruhe und Frieden“ in Tschetschenien. (APA, 8.2.2012) Die Lebenssituation in Tschetschenien ist nach den Worten von Johann Gudenus „den Rückkehrern zumutbar“. Es gebe „keine politische Verfolgung mehr im Land“. (APA, 23.3.2012)

Die FPÖ und Zitate

Ausländerhetze

„Willst du eine soziale Sonderleistung haben, musst du nur ein Kopftuch tragen.“

(Heinz-Christian Strache über die Ursachen der Probleme der Krankenkassen, FPÖ-Aschermittwoch, APA, 06.02.2008)

In Kindergärten wird der Speiseplan nach religiösen Bedürfnissen der Zuwanderer gestaltet, es gibt kein Schweinefleisch mehr.

(Wir Wiener, April 2009, S. 5)

Die FPÖ-Abgeordnete Belakowitsch-Jenewein spricht sich dafür aus, Flüchtlinge in Militärmaschinen abzuschleppen. „Da können sie so laut schreien, wie sie wollen.“ Damit würde „der Asylindustrie der Garaus gemacht“. (Kurier, 17.06.2015)

Strache: „Willst du eine soziale Sonderleistung haben, musst du nur ein Kopftuch tragen.“

Kampfanzug anziehen

„Es geht um unsere Heimat. Da muss man auch bereit sein, den Kampfanzug anzuziehen.“ (Strache am FPÖ-Wien-Parteitag, APA, 07.05.2006)

Rechtsextremismus / NS-Verharmlosung

Gegen Verbotsgesetz: „Es ist nicht zeitgemäß. Ich halte es für nicht sinnvoll, dass man Probleme löst, indem man Menschen wegen ihrer Meinung wegsperret.“ (Falter, 03.09.2008)

„Im Angesicht dieser schrecklichen Ereignisse in Norwegen sollte man (...) darüber nachdenken, dass in Europa jedes Jahr Millionen ungeborener Kinder schon im Mutterleib getötet werden.“

(Der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Werner Königshofer schrieb diesen Satz auf seiner Homepage im Angesicht der Anschläge von Oslo im Juli 2011, als 77 Menschen, überwiegend Teilnehmer am Zeltlager einer sozialdemokratischen Jugendorganisation, getötet wurden.)

Strache und seine FPÖ schaffen ein Klima des Hasses und der Gewalt! Und sie ermutigen dazu, diesen offen Ausdruck zu verleihen – wie dieser kleine Auszug von Facebookpostings beweist (mehr davon gibt es auf eaudestrache.at):

Über Migration:

Der ganz normale Wahnsinn.... ins Flugzeug mit dem Gesindel und eine schiess übung fürs Bundesheer machen!
Alexander H.

Viecher und Höhlenmenschen. Haben in unserer Gesellschaft nichts verloren. [...]
Andreas D.

Am besten gleich rein schießen in den Dreckshaufen
Franz K._

Über Gender:

Wenn ich dieses Es oder Irgendetwas sehe speibe ich mich ununterbrochen an weg mit dieser Scheisse [Conchita Wurst]
Bruno H.

Schwule sind in meinen augen schweine und auserdem äths überträger und sind auserdem gegen die Natur [...]
Franz T.

Über Politik:

Die wollen das Volk austauschen... Der Neger gibt dann Ruhe...
Gerhard S.

Neger und das ganze Gesindel sind denen wichtiger als unser Nachwuchs...
Gerhard S.

Schweine verdienen es nicht mit solchen Menschen verglichen zu werden.
Heinrike K.

Ein FPÖ-regiertes Wien? Eine düstere Zukunftsvision.

Verarmt, gespalten und konfliktreich – so würde Wien aussehen, wenn tatsächlich Blau regiert. Das ist alles andere als Spekulation, denn die FPÖ sagt sehr deutlich, was sie mit Wien vorhat – die Zerstörung und Rückgängigmachung von all dem, was in den letzten Jahrzehnten den Erfolg des sozialdemokratischen Wiens ausmacht.

- Den Wienerinnen und Wienern würde es schlechter gehen: Durch steigende Armut, Armutsgefährdung sowie Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich. Genauso würde die Arbeitslosigkeit zunehmen.
- Blau würde strikt nach „Freund/Feind-Schema“ regieren und „Inländer“ gegen „Ausländer“ ausspielen.
- Es würde generell eine Umverteilung von „unten“ nach „oben“ erfolgen – denn die FPÖ ist alles andere, als die „Partei des kleinen Mannes“, sondern der Vermögenden und Hausherren.
- Ganze Gruppen würden von gesellschaftlicher Teilhabe einfach ausgeschlossen werden. Schon jetzt schürt die FPÖ den Sozialneid gegenüber sozial Schwachen („Sozialschmarotzer“), den „Faulen“ und „Arbeitsscheuen“.
- Der soziale Friede, der Wien so lange ausgezeichnet hat, wäre dahin. In einer zerfallenden Gesellschaft würden Konflikte automatisch zunehmen – so wie wir das von den Pariser Banlieues kennen.
- Wesentliche Rückschritte würde es bei der Gleichstellung und der Frauenpolitik geben. Die FPÖ vertritt schon jetzt offen homophobe Forderungen – genauso wie eine „Zurück an den Herd“-Politik.
- Im Gemeindebau wäre es mit der sozialen Durchmischung vorbei – die FPÖ würde nicht zögern, zigtausende Wohnungen zu verscherbeln, so wie sie es mit der BUWOG gemacht hat.
- Mit dem weltoffenen Wien wäre es vorbei – vom gesellschaftlichen Bereich (Life Ball) über den Kulturbereich bis hin zur Forschungsmetropole. Viele internationale Betriebe würden Wien den Rücken kehren.
- Die Schwächsten in unserer Gesellschaft hätten am meisten zu leiden: Die FPÖ würde nicht zögern, Menschen auf der Straße stehen zu lassen – Flüchtlinge, arbeitslose Jugendliche oder Suchtkranke. Dadurch würden sich slumartige Bereiche in der Stadt bilden.

7 Gründe, warum es keine Koalition mit der FPÖ geben kann:

1. Die FPÖ distanziert sich nicht vom Rechtsextremismus!
2. Die FPÖ steht nicht für den „kleinen Mann“ ein, sondern für die Reichen!
3. FPÖ-Politiker stehen im Dauerkonflikt mit dem Gesetz!
4. Die Regierungsbeteiligung unter Schwarz-Blau war ein Korruptionsfiasko!
5. Die FPÖ treibt einen Keil in unsere Gesellschaft!
6. Die FPÖ steht für autoritäre Strukturen statt aufgeklärte Demokratie!
7. Die FPÖ würde zerstören, was das Rote Wien groß und lebenswert gemacht hat!



Und ein Bild sagt mehr als tausend Worte ...



Foto: Juerg Christandl / Kurier

Vor dem Krieg in Syrien geflüchtete Erwachsene und ein Flüchtlingskind werden bei ihrer Ankunft in einem Asylquartier von der FPÖ „begrüßt“: „Nein zum Asylantenheim“.